Die Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Strafrechtspflege und das heutige Strafrecht.

Von Dr. G. Appelius.

Die folgenden Zeilen sind veranlaßt worden durch die Veröffentlichung der Zusammenstellung aus den Gutachten der preussischen Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberstaatsanwälte im Preussischen Justiz-Ministerial-Blatt vom 13. Juni 1890 und die Entgegnung des Herrn Professors Dr. v. Liszt in der Z X 666 ff. Ich möchte sie, selbst Mitglied der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, den Führern der Gruppe „Deutsches Reich“ widmen, indem ich zugleich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß es mir gelingen wird, in den Ausführungen die Grundlagen zu entwickeln, auf denen sich die Strafrechtsreform in Deutschland aufbauen muß.

Die Aufgabe und der Zweck der Internationalen kriminalistischen Vereinigung ist es, ihre Ansicht über Verbrechen und Strafe, und die sich daraus ergebenden Folgerungen in Wissenschaft und Gesetzgebung zur Anerkennung zu bringen. Es handelt sich also nicht darum vorwiegend nur theoretische Erörterungen zu pflegen, sondern vor allem auch demnächst eine Umgestaltung der gesamten Strafrechtspflege in Gesetzgebung und Praxis in dem Sinne des von der Vereinigung als richtig Anerkannten zu erstreben.

Die erste That der Vereinigung war die Erörterung der Ersatzmittel für kurzzeitige Freiheitsstrafen; als ein solches wesentliches Ersatzmittel wurde die sogenannte bedingte Verurteilung empfohlen.

Herr Professor von Liszt schrieb in dieser Zeitschrift seine „Kriminalpolitischen Aufgaben“, in welchen der bedingten Verurteilung ein hervorragender Platz als zukünftigem Ersatzmittel

der kurzzeitigen Freiheitsstrafen zugewiesen ist; auf die Tagesordnung der ersten deutschen Landesversammlung der Vereinigung wurde an erster Stelle die Frage gesetzt:

„Unter welcher Voraussetzung empfiehlt sich die Einführung der bedingten Verurteilung in die deutsche Strafgesetzgebung?“

und zugleich begannen die Erörterungen des Für und Wider dieser neuen Vorschläge in der Presse und eine lebhaft Agitation für dieselben. In dieser Agitation trat immermehr der Wunsch nach möglichst alsbaldiger Einführung der bedingten Verurteilung hervor. Daß die Seele dieser Agitation Herr Professor von Liszt sei, daß er vor allen die Einführung der bedingten Verurteilung in unser bestehendes Strafrecht erstrebe, das wurde, ich darf wohl sagen, von sehr vielen angenommen. Auch ich habe diese Auffassung geteilt und deshalb den Widerspruch gegen eine unzeitige Einführung der Maßregel in meiner Schrift „die bedingte Verurteilung und die andern Ersatzmittel für kurzzeitige Freiheitsstrafen“, speziell an Liszts Adresse gerichtet.¹⁾ Nachdem jedoch Professor v. Liszt auf der Jahresversammlung des Nordwestdeutschen Gefängnisvereins in Hamburg am 31. Mai 1890, ebenso in seiner Entgegnung auf die Veröffentlichung der Gutachten der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Oberstaatsanwälte über die sogenannte bedingte Verurteilung²⁾ und in seiner Entgegnung auf Wachs „Reform der Freiheitsstrafe“³⁾ ausdrücklich betont hat, daß er die bedingte Verurteilung nur als ein untrennbares Glied in der Kette andrer Reformvorschläge betrachte und daß er dieselbe also nur gleichzeitig mit den andern Reformvorschlägen eingeführt wissen wolle, muß nunmehr allen klar werden, daß v. Liszt jetzt nicht an eine Einführung der bedingten Verurteilung in unser gegenwärtiges Strafrecht denkt. Allerdings hat v. Liszt recht, wenn er hervorhebt,⁴⁾ daselbe habe man gerade aus seinem Gesetzentwurf entnehmen müssen, weil derselbe nur von Gefängnisstrafen spricht und der

1) Bezüglich der auch von mir a. D. gebrachten irrtümlichen Mitteilung, „Herr Professor von Liszt habe seinen Gesetzentwurf über die bedingte Verurteilung dem Deutschen Reichstag übersandt“, vgl. meine Berichtigung in dem Vorwort zur 4. Auflage.

2) Z X 666 ff.

3) Preuß. Jahrbücher Bd. 66 S. 225 ff.

4) Z X 684.

Gaststrafen bei der bedingten Verurteilung gar nicht gedenkt. Andere Ausprüche von ihm hatten jedoch die beweisende Kraft dieses Momentes ganz erheblich abgeschwächt, und die Bedeutung desselben wurde deshalb so sehr übersehen, daß sogar unbedingte Anhänger von v. Liszt darüber zweifelhaft geworden sind, weshalb er in seinem Gesetzentwurf über bedingte Verurteilung nur von Gefängnisstrafen spricht.⁵⁾

Wenn v. Liszt z. B. in den Kriminalpolitischen Aufgaben die Grundsätze seines Gesetzentwurfes für den Fall, daß der bedingte Verurteilte während der Gewährungsfrist abermals eine strafbare Handlung begeht, auseinanderlegt und hinzufügt:⁶⁾

„Ich will dabei nicht verhehlen, daß eine andre Regelung notwendig wird, wenn wir von meinem oben S. 53 gemachten Vorschlage ausgehen, nach welchem an die Stelle des absolut bestimmten Urteils die Verurteilung zu einer nur durch Höchst- und Mindestmaß begrenzten Freiheitsstrafe treten soll. Aber ich kann auf diese Frage so lange nicht eingehen, als ich nicht in der Lage war, meine Ansicht über die Behandlung der Konkurrenzfälle nach diesem System auseinanderzusetzen. Und ich glaubte der von mir vertretenen Sache am besten und sichersten zu dienen, wenn ich mit meinen Vorschlägen möglichst an das geltende Recht anschloß. Die Einführung des Aufschubs der Strafvollstreckung in unser Recht ist möglich, noch ehe an die gründliche Umgestaltung unsrer Strafgesetzgebung herangetreten wird.“⁷⁾

So war es wohl erlaubt zu schließen, daß v. Liszt der allgemeinen Agitation für die bedingte Verurteilung sicher nicht unsympathisch gegenüberstehe; und wenn er an einer andern Stelle⁸⁾ sagt:

„Irre ich mich nicht, so ist die Stimmung nicht nur der Kriminalisten von Fach, sondern weiterer Kreise der Bevölkerung der Einführung der Neuerung⁹⁾ günstig. Benutzen wir die Gelegenheit, um einen wertvollen Fortschritt unsrer Gesetzgebung vorbereiten zu helfen“,

⁵⁾ z. B. Simonson, „Für die bedingte Verurteilung“ S. 30.

⁶⁾ Z X 78 u. 79.

⁷⁾ Dieser Satz ist bei v. Liszt nicht gesperrt gedruckt.

⁸⁾ a. D. S. 80/81.

⁹⁾ Nämlich der bedingten Verurteilung.

so zweifelte ich, daß jemand aus diesen Worten schließen würde, v. Liszt wolle seinen Gesetzentwurf lediglich nur als Grundlage weiterer theoretischer Erörterungen in Fachkreisen bezeichnen; — was sollte dann der Hinweis auf die der Einführung der Neuerung günstige Stimmung weiterer Kreise!

Ein späteres Wort von v. Liszt,¹⁰⁾ welches ich aber der Vollständigkeit halber doch an dieser Stelle anführen will:

„Der Gesetzgeber könne die bedingte Verurteilung nicht einführen auf Grund des geltenden Rechtes, denn sie setze entweder eine gleichzeitige Erhöhung des zulässigen Mindestmaßes der Freiheitsstrafe oder eine Einführung geschärfter Strafen nach Art des militärischen Arrestes voraus. Außerdem werde sie mit einer Umgestaltung der Geldstrafe in Verbindung zu bringen sein, wodurch die Bedenken bezüglich der hilfsweise eintretenden Freiheitsstrafe in Wegfall kommen würden“,¹¹⁾

beweist, daß er, wenn das Referat v. Liszts Worte richtig wiedergegeben hat — damals wohl einzelne andre gleichzeitige Neuerungen mit der Einführung der bedingten Verurteilung für unerlässlich gehalten, doch aber nicht bis zur Verwirklichung aller oder grade des wesentlichsten Teiles seiner Vorschläge mit der Einführung der bedingten Verurteilung warten wollte.

Es war also wohl möglich, daß über v. Liszts Ansicht bezüglich der Einführung der bedingten Verurteilung verschiedene Meinungen herrschten.

Ende Januar 1890 forderte bekanntlich das Preussische Justizministerium über die Einführung der bedingten Verurteilung gutachtliche Äußerungen von den Präsidenten der Oberlandesgerichte und den Oberstaatsanwälten ein.

Damals waren v. Liszts „Kriminalpolitische Aufgaben“ erschienen, also sein Gesetzentwurf, aber auch die oben citierten beiden ersten Ausprüche von ihm bekannt; bekannt endlich auch die lebhafteste Bewegung zu Gunsten der bedingten Verurteilung, die sich zwar teilweise an die Beschlüsse der Internationalen kriminalistischen Vereinigung in Brüssel, hauptsächlich jedoch an die Ausführungen v. Liszts anlehnte.

¹⁰⁾ Auf der ersten Landesversammlung in Halle.

¹¹⁾ So wörtlich in dem Bericht über die erste Landesversammlung in Halle, S. 54.

Daß diese Bewegung dem Vorgang Belgiens folgen und die bedingte Verurteilung dem Strafrecht des Reichsstrafgesetzbuchs einfügen wollte, darüber besteht kein Zweifel. Die Reichsregierung oder die preussische Regierung mußte demnach der Einbringung eines Gesetzentwurfs oder wenigstens einer Interpellation über ihre Stellung zu der neuen Maßregel in Kürze entgegensehen; letztere ist ja auch nicht ausgeblieben. Der Minister mußte also Stellung nehmen. So erklärt und rechtfertigt sich vollkommen die preussische Enquete. Sie verdient also nicht die vorwurfsvolle Bemerkung v. Liszts:

„Der Ministerialerlaß vom Januar 1890 hat also Vorschläge, welche ihr Urheber selbst ausdrücklich nur als Grundlage weiterer Erörterung in Fachkreisen bezeichnete, zum Gegenstand der Begutachtung durch die Spitzen der Justizverwaltung gemacht.“¹²⁾

Daß überall, sowohl in den Gutachten selbst, als in der veröffentlichten Zusammenstellung derselben auf die Ausführungen v. Liszts, als des Trägers des Gedankens und des wissenschaftlichen Begründers hingewiesen und Bezug genommen wird, liegt in der Natur der Sache; daß man von v. Liszt nicht abstrahierte, wenn es sich um Beantwortung der Frage handelte, ob es sich empfehlen würde, die bedingte Verurteilung dem geltenden Recht einzufügen, ist nach dem bereits Ausgeführten wenigstens wohl erklärlich, — und daß man die bedingte Verurteilung — auch in ihrer Bedeutung als Glied einer Reihe von Reformvorschlägen, bestimmt das geltende Strafrecht von Grund aus abzuändern, verkannte oder wenigstens nicht richtig würdigte, das darf niemanden wunder nehmen, der die deutsche Strafrechtspflege kennt.

Der deutsche Strafrichter kennt das Strafrecht und das Strafgesetz und seine Verletzung, — aber nicht den Verbrecher! — Dieser Satz bedarf, damit nicht Mißverständnisse entstehen, der Erläuterung.

Fast allgemein spielt sich ein Strafprozeß so ab, daß untersucht wird, welche strafbare Handlung und von wem sie begangen ist. Hierbei wird meist ermittelt, ob der Thäter Vorstrafen hat, und welche die Motive seiner That waren, und unter welchen äußern Umständen er sie begangen hat. Gegebenen Falles wird auf das

¹²⁾ Z X 683.

persönliche Verhältnis des Thäters zum Verletzten Rücksicht genommen, auch auf das Verhalten des Angeklagten in der Gerichtsverhandlung, — vielleicht monatelang nach der That, — man berücksichtigt speziell, welcher Anreiz den Thäter zu der That gebracht hat, und wenn das alles durch Beweismittel, — und nicht bloß durch Behauptung des Angeklagten, wie es auch vorkommt, — erwiesen ist, wird zur Urteilsfällung geschritten. Die Sache ist spruchreif, denn alles das steht fest, was die Schuld des Angeklagten zu würdigen und abzuwägen in den Augen des Gerichtshofes notwendig ist. Ich habe in dem Vorstehenden eine sehr sorgfältig geführte Untersuchung geschildert, eine Hauptverhandlung, wie sie nicht jede Strafsache aufzuweisen hat. Jeder Praktiker kennt aber auch Fälle, in denen ein geständiger oder durch einwandsfreie Zeugen direkt überführter Angeklagter unmittelbar nach Ermittlung seiner etwaigen Vorstrafen und der Feststellung des objektiven Thatbestandes und der Thäterschaft verurteilt wird, ohne daß auf Nebendinge, wie Umstände der That, nähere persönliche Verhältnisse, Motive usw. irgend welche Rücksichten genommen wird; ich erinnere nur an die Aburteilung geständiger oder unzweifelhaft überführter Diebe im wiederholten Rückfall. Aus allen den mehr oder minder sorgfältig und genau festgestellten einzelnen Momenten gewinnt das Gericht die Ansicht über die Schwere der konkreten That. Es wird nun eine Strafe festgesetzt, wie sie nach richterlichem Ermessen im Rahmen der gesetzlichen Strafandrohung der Schuld des Angeklagten entspricht. Diese Strafe steigt oder fällt um etwas, je nach dem das Gericht dem Gedanken Ausdruck verleihen will, daß die Strafe auch ein Beispiel für andre und abschreckend für den Thäter selbst sein solle, oder der Meinung ist, daß nach dem Auftreten des Angeklagten und der Auslassung von Schutz- oder Leumundzeugen auch schon eine geringere Strafe auf den Schuldigen wirken werde. Den Vorwurf, daß ich mich einer Übertreibung schuldig mache, wird wohl kein Praktiker mit ehrlichem Sinn und offenen Augen gegen mich erheben, wenn ich aber auch behaupte, daß es eingearbeitete Gerichte gibt, die für regelmäßig wiederkehrende Straftaten unter gleichen äußerlichen Verhältnissen, also z. B. für den dritten, vierten oder fernern Diebstahl, für den zweiten, dritten Fall des Betrugs, für den Gebrauch des Messers bei Körperverletzungen und für viele andre Arten von Straftaten feste Strafätze haben, die sich also lediglich nach der objektiven Seite der

That richten und von der sie nur ungern bei ganz besonders getarteten Fällen, oder bei zufällig etwas veränderter Besetzung abweichen.

Welche Übung hat recht, die erstere Art oder die letztere? Die letztere hat jedenfalls nur dann unrecht, wenn die geschilderte Praxis besteht, weil die Thätigkeit des Gerichts zur Schablone herabgesunken ist, sie hat recht, sobald die Praxis der Erkenntnis entsprungen ist, daß, wenn auch die Vergeltung der Schuld mit einem Strafübel an sich die idealste Form der Gerechtigkeit sei, doch dies Maß des Verschuldens nicht richtig erkannt zu werden vermöge, und daß deshalb eine Rechtsprechung, welche sich wegen des Strafmaßes äußerlich an gewisse wiederkehrende Erscheinungsformen anlehnt, wenigstens einen festen und sichern Halt gewonnen hat. Allerdings tritt hier die subjektive Seite, abgesehen von der Rücksichtnahme auf das strafbare Vorleben des Thäters, fast vollständig zurück, selbst das System der mildernden Umstände kommt vielfach nur in objektiver Beziehung zur Geltung, geringer Wert des Gestohlenen, unerhebliche Verletzung oder Heilung des Verletzten ohne üble Folgen und dergl.

Wer wollte aber behaupten, daß diese Art der Straffjustiz nicht auch Gerechtigkeit sei! Ist unsre richterlich zugemessene Strafe für den Einzelfall, abgewogen nach Jahren, Monaten, Wochen und Tagen im Resultat denn überhaupt etwas anderes, als — „die triebartige Reaktion“ der Vertretung der Rechtsordnung gegen den, der diese gebrochen hat!

Daß der Richter überhaupt jemals in der Lage sein werde, den Umfang des Verschuldens richtig zu bestimmen, das ist vielfach bestritten und angezweifelt worden, daß er aber, — hier zunächst mit der herrschenden Meinung unterstellt, daß es eine Schuld in dem Sinne, wie es gewöhnlich genommen wird, wirklich gibt, — in unserm heutigen Strafverfahren, in dem der Richter den Angeklagten nur und ausschließlich in einer von andern vorbereiteten, schon wegen der andern Strafsachen, die der Aburteilung harren, möglichst kurzen Hauptverhandlung, kennen lernt, ein zutreffendes Bild von dem Maße der subjektiven Schuld nicht gewinnen kann, ist ganz unzweifelhaft. So kann das Strafmaß nichts sein als das Produkt eines gewissen Taktgefühls, als der Ausdruck bewußter Reaktion des Rechtes gegen das Unrecht, triebartig, weil die Reaktion nur in dem Maße erfolgt, als der Richter die Schwere des Unrechts, die in dem Verbrechen liegt, empfindet.

Schon in diesem Sinne würde der oben vorangestellte Satz richtig sein, daß der deutsche Richter den Verbrecher nicht kennt.

Ich habe jedoch den Satz in einem andern Sinn gemeint. Ehe ich jedoch darauf näher eingehe, will ich demselben noch die Erweiterung geben: Das deutsche Strafrecht, die ganze deutsche Strafrechtspflege kennt zur Zeit nur das Verbrechen, aber nicht den Verbrecher, und ich könnte noch hinzufügen, daß auch die menschliche Gesellschaft, hoch und nieder, zwar vom Verbrechen weiß und es — aufrichtig oder zum Schein — mit samt dem Verbrecher verabscheut, aber den Verbrecher nicht kennt.

Es ist traurig, aber interessant, welche Verwirrung in den Köpfen herrscht darüber, was ein Verbrecher ist. Die Mehrzahl der Menschen identifiziert kurzweg Verbrecher und Sünder, andre glauben der Wahrheit schon näher gekommen zu sein mit dem Satz: Verbrecher ist der, welcher sich gegen die Regeln der Moral und der Sitte öffentlich oder in einer Weise vergangen hat, welche die öffentliche Ordnung berührt und der deshalb bestraft wird.

Die Rechtswissenschaft sagt: Verbrecher i. w. S. ist jeder, der ein Verbrechen i. w. S., d. h. eine strafbare Handlung begeht, und definiert Verbrechen als die Verletzung eines Strafgesetzes. Diese richtige Begriffsbestimmung führt uns nicht weiter, da es uns nicht auf die äußere Erscheinung, sondern auf das innerste Wesen der Sache ankommt, und darüber gerade noch die schwersten Irrtümer bestehen.

Wenn es sich darum handelt, die Krankheiten des Menschengeschlechts zu studieren und Abhilfe dagegen zu suchen, da findet es ein jeder natürlich, daß der menschliche Organismus eingehend untersucht wird, und niemand würde heute demjenigen das Recht zur Ausübung der ärztlichen Praxis beilegen, der nur theoretisch alle Krankheiten und ihre Heilmittel, nicht aber den Bau und die Natur des Menschen kennt. Und wer wollte wohl den als Muster eines Erziehers hinstellen, der nur theoretisch Pädagogik getrieben, von Kindern und ihrem Wesen aber nie etwas gesehen hat! Das sind billige Wahrheiten. Im Kampf gegen das Verbrechen scheint jedoch jeder vollkommen geschult, der eine gewisse Summe juristischer Kenntnisse sich angeeignet hat, der Gesetze und die Strafen für ihre Verletzung kennt,¹³⁾ mag er auch sonst vom Leben nichts

¹³⁾ Ja sogar jeder Laie erscheint zum Schöffen und zum Geschwornen, zum Richter über Ehre und Leben der geeignete Mann.

wissen, mag ihm auch, wie es meist der Fall ist, die Verbrecherwelt, gegen die er den Kampf führen soll, völlig unbekannt sein.

Man hat eben bis zur Stunde nicht aufgehört, im Verbrecher lediglich den Bösewicht zu sehen, der frech und boshaft die staatliche Ordnung durchbricht, und in der Strafe das Übel, mit dem jenem das zugefügt wird, was seine Thaten wert sind.

Ich will es daher versuchen für die Frage, was ein Verbrecher ist, wie der Mensch zum Verbrecher wird, die richtige Antwort zu geben.

Dem natürlichen Begehren des Menschen sind Schranken gesetzt durch Religion und Sitte, und durch das geordnete Zusammenleben der Menschen in gleichem Recht.

Hier interessieren uns nur die letztermähnten Schranken, die mit den erstern zwar zusammenfallen können, aber nicht zusammenfallen müssen. Eine Schranke durch die Rechtsordnung steht jedesmal da, wo die Befriedigung eines Lustgefühles störend in die Lebenssphäre, in die Rechte des andern und so mittelbar oder unmittelbar in die Ordnung der Allgemeinheit eingreifen würde.

Diese Schranken sind zwar für alle gleich und doch greifen sie in das Leben des Einzelnen durchaus verschieden ein, und zwar in doppelter Richtung äußerlich und innerlich. Äußerlich, indem die Verschiedenheit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dem einen noch die Befriedigung der Lustgefühle möglich machen, ohne störenden Eingriff in das Rechtsgebiet eines andern, wo der andre mit seinen geringern Mitteln längst eine Schranke seines Verlangens gefunden hat. Innerlich, indem die Verschiedenheit des menschlichen Verlangens nach der Richtung und nach der Mächtigkeit desselben den einen unbefriedigt bald an den Schranken der Rechtsordnung anlangen läßt, wo der andre seine volle Befriedigung in den Grenzen seiner Rechtsphäre findet.

Die notwendige Ursache dieser Schranken, die Sicherung der Rechtsordnung der Gesamtheit zeigt, daß im heutigen Staatsleben für das, was verboten und strafbar ist, nur der Grundsatz der Opportunität maßgebend sein kann.

Es gibt also kein absolutes Verbrechen, d. h. keine That, die bei allen Völkern und zu allen Zeiten als strafbar gegolten hat; — ebenso wie es auch kein festes Sittengesetz gibt.

Die Begriffe von Recht und Sitte haben sich erst im Lauf der Zeiten und bei den verschiedenen Völkern teilweise verschieden entwickelt.

Auch heute noch gilt manches bei andern Völkern für erlaubt, was bei uns strafbar ist und umgekehrt; im allgemeinen finden sich aber bei allen zivilisierten Völkern, wesentlich unter dem Einfluß der Religion, eine große Anzahl von Handlungen gleichmäßig als Verbrechen und deshalb als strafbar bezeichnet, und das Bewußtsein von Recht und Unrecht, soweit es diese Handlungen betrifft, hat im Laufe der Jahrhunderte in der Gesamtheit des Volkes so feste Wurzel gefaßt, daß es von Generation zu Generation fortlebt. Trotzdem ist die Unterscheidung zwischen natürlichen, d. h. Verbrechen, welche jeder Menschennatur von Anbeginn als solche erschienen sind, und nur durch das Gesetz geschaffenen Delikten, die man auf jene Erscheinung hat gründen wollen, unrichtig und unbrauchbar, da die Grenzen der erstern Art niemals festgestellt werden und auch in der That im Laufe der Zeiten wandelbar sein können, und weil von Anfang an doch alle Delikte der letztern Art gewesen sind. Man blicke zurück auf die Wandlung der Ansichten über das, was unerlaubt ist, und man blicke seitwärts auf das, was heute noch den Völkern niederer Kulturstufen erlaubt gilt, und man wird ohne weiteres zugeben müssen, daß es kein sogenanntes natürliches Verbrechen gibt.

Oben wurde schon erwähnt, wie verschieden das Lustgefühl des Menschen in seiner Richtung und in seiner Mächtigkeit ist und daß infolge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verschiedenheiten auch der eine früher die Schranke für die Befriedigung eines Lustgefühls findet, wie der andre. Wo diese Schranke nicht innegehalten, sondern überschritten wird, da ist der Bruch der Rechtsordnung, das Verbrechen, vorhanden.

Die Verschiedenartigkeit der Neigung und des Verlangens wird durch den Gesamtcharakter des Menschen bestimmt.

Die Neigungen des Menschen können angeboren sein.¹⁴⁾ Wo es sich um sogenannte verbrecherische Neigungen, d. h. Neigungen zu verbotenem Thun handelt, sind dieselben oft zurückzuführen auf vor-

¹⁴⁾ Ich befürchte nicht, daß mir die obigen Worte den Vorwurf eintragen, als wolle ich hier die Lehren Lombroso's vom „geborenen Verbrecher“ vortragen. Daß der Charakter der Eltern auf die Kinder Einfluß hat, kann wohl nicht mehr bestritten werden, ebensowenig, daß es sich hier nicht etwa nur um den erzieherischen Einfluß handelt. Auch die Kinder, welche niemals von den eignen Eltern erzogen worden sind, zeigen oft die Charaktereigenschaften derselben so stark, daß sie durch die sorgfältigste Erziehung nicht beseitigt werden können.

handene Eigenschaften, speziell verbrecherisches Leben, der Eltern, auf Krankheitszustände derselben oder gewisse Zustände derselben beim Zeugungsakte (z. B. VERAUSCHTSEIN) usw. Schlechte Neigungen der Menschen können aber auch die Folge mangelhafter Erziehung oder schlechter Gesellschaft sein, ebenso wie vorhandene schwache derartige Anlagen so zu ihrer völligen Entwicklung geführt werden können. Aber noch andre Ursachen können solche vorhandene Anlagen, die vielleicht sonst niemals zu Tage getreten wären, zur Entfaltung bringen oder auch ein verbrecherisches Begehren zuerst erzeugen. (Z. B. Diebstähle im Zustand der Schwangerschaft.)

So kann auch ein eine Zeitlang festgesetztes ungewöhnlich üppiges Leben, so können umgekehrt harte Entbehrungen, Mangel an Kleidung und Nahrung, der Einfluß von Jahreszeit, Temperatur und Witterung für Begehung strafbarer Handlungen von hervorragendem, ausschlaggebendem, ja erzeugendem Einfluß sein.

Es kann aber auch z. B. ein ganz leichter Rausch das sonstige Wesen eines Menschen so umgestalten, daß er Handlungen veranlaßt, die unter ganz normalen Verhältnissen nie begangen wären, und es sind hier nicht etwa bloß Körperverletzungen und sonstige Akte der Roheit und der Unsittlichkeit auszuführen, wiewohl solche Ausschreitungen besonders nach Alkoholgenuß vorkommen, sondern namentlich auch Diebstähle. Sei es nun, daß der Rausch die Lust zur That erzeugt oder vermehrt, oder die Einwirkung der auftretenden Gegenmotive abschwächt, es ist durchaus unrichtig, die Behauptung der Angeklagten: ich war betrunken und deshalb habe ich gestohlen, stets als alberne Ausrede beiseite zu werfen, wie es nur zu oft zu geschehen pflegt.

Umgekehrt können eine gute Erziehung, gute Gesellschaft, geregeltes Leben, das Bewußtsein des Standes oder der Stellung, gutes Beispiel, die Furcht vor Schande, tiefeingeprägte Furcht vor Strafe u. a. die vorhandenen verbrecherischen Anlagen und Neigungen niederdrücken, und im Falle der Lust als Gegenmotive die Ausführung der That hindern. Doch mag noch dahingestellt bleiben, inwieweit ererbte Anlagen durch spätere Einflüsse unterdrückt werden können.

Insbefondere sind die Erziehung und die Gewöhnung an ein geregeltes Leben hier von der größten Bedeutung, und die Erziehung i. w. S. nicht bloß im Kindesalter. Einen gewissen erziehenden Einfluß kann jede Person auf einen andern, auch Erwachsenen aus-

üben, wenn der letztere nur die Autorität des erstern bewußt anerkennt, oder unbewußt sich derselben beugt.

Das ganze menschliche Leben, jede Handlung, jede Entscheidung oder Entschließung beruht auf der gewonnenen Überzeugung, auf einem Sichselbstsagen, daß etwas notwendig für die eigne Existenz in ihrem Bestand oder ihrem Behagen sei und deshalb sein, geschehen oder unterbleiben müsse. Die Einwirkung eines Dritten, eines Erziehers, aber auch eines Verführers, ist deshalb erst dann gesichert, wenn der andre dessen Worten, dessen Ratschlägen, vielleicht unwissentlich in der Tiefe der Seele die Macht einräumt, die Richtschnur für ein bestimmtes Handeln oder für einen mehr oder minder großen Zeitraum seines ganzen Lebens zu werden, und so also in Wirklichkeit nicht mehr den eignen Trieben folgt, sondern bewußt oder unbewußt, nach den Motiven handelt, die der Dritte ihm eingepflanzt hat.

Auf diesen letzterwähnten Thatfachen und Erfahrungen beruhen, wie hier jetzt nur beiläufig erwähnt sein soll, die Hoffnungen auf eine zu erzielende moralische Besserung auch solcher Verbrecher, die schon so weit vorgeschritten sind auf der abschüssigen Bahn des Verbrechens, daß eine Umkehr aus ihnen heraus nicht mehr zu erwarten steht. Allerdings nur der kann, auch noch in späteren Jahren, gebessert werden, der zuvor die Macht, d. h. hier den seelischen Einfluß eines andern, des Anstaltsvorstehers, des Geistlichen, des Lehrers usw. über sich anerkennen gelernt hat. Dann erst wird er ihren Lehren sein Herz öffnen und je größer ihr Einfluß auf den Sträfling war, desto länger und nachhaltiger wird die Besserung in der Freiheit wirken, desto schwerer werden die schlechten Einflüsse draußen das in der Anstalt Aufgenommene wieder zu befeitigen imstande sein.

Hieran knüpft sich unmittelbar und mit Notwendigkeit die Frage, wie steht es dem gegenüber mit dem menschlichen „freien Willen“. Die Beantwortung dieser Frage läßt sich nicht umgehen und sie gibt sich von selbst:

Niemand ist imstande, im Widerstreit der Motive die Entscheidung frei, unmotiviert, zu geben; die Entscheidung muß vielmehr so erfolgen, wie es der Natur des Menschen im gegebenen Augenblick entspricht.

Diese Lehre vom Menschen, speziell als Verbrecher, ist noch lange nicht abgeschlossen, aber ich darf doch, wenngleich die weitere

Entwicklung dieser Wissenschaft noch der Zukunft vorbehalten ist, behaupten, daß diese Ergebnisse derselben, welche ich hier verwertet habe, als feststehend angenommen werden dürfen.

Wie es stets bei neuen Wissenschaften zu gehen pflegt, ist eine Überschätzung der Bedeutung des Gefundenen, sind unvorsichtige Schlüsse aus einzelner auf die Gesamtheit geschieden und das hat den Gegnern Gelegenheit gegeben mit der Aufdeckung der Schwächen in der Kette der Beweise die ganze Lehre anzugreifen. Gewiß ist auf diesem Gebiete, wo es sich um eine so gewaltige Ummwälzung handelt, die größte Vorsicht geboten, aber das eine darf mit Sicherheit den Gegnern entgegengehalten werden:

„Der Mensch ist das Produkt seiner Abstammung, seiner Erziehung und der wechselnden Lebenskreise und Lebensweise, in denen sich sein Dasein abspielt, und das so sehr, daß diese Einflüsse seine Handlungen mit zwingender Gewalt bestimmen, ohne daß es ihm vergönnt und möglich wäre, dieser Gewalt durch eigne unabhängige und freie Entschließung zu widerstehen“.

Damit fällt die Schuld des Verbrechers in dem heute herrschenden und landläufigen Sinne, und damit muß dereinst die ganze Strafrechtspflege fallen, die auf der Idee der Schuld aufgebaut ist.

Das alles ist zwar weit davon entfernt unbestritten zu sein; und scharf wird der Kampf entbrennen, wenn einmal die Ergebnisse unausgesetzter Forschung zu einer Entscheidung drängen, ob man endgültig mit der heute noch herrschenden Lehre von dem innerlich freien Menschen, der als Verbrecher seine Schuld unter der geltenden Strafe sühnen muß, brechen soll. Denn hier gibt es nur ein entweder oder, keine Halbheit. Letztere ist unter einem andern Deckmantel im Grunde genommen stets doch nur die Anhängerenschaft für die eine oder die andre Seite.

Wenn daher z. B. Professor von Kirchenheim, der es liebt seinen Ausführungen ein Sprüchlein mit auf den Weg zu geben¹⁵⁾, in seiner Vorrede zu der deutschen Übersetzung von Lombrosos Verbrecher die hier vertretene Ansicht über die Natur des Verbrechers mit dem Vers charakterisiert:

¹⁵⁾ Vgl. auch sein Referat zur Petersburger Konferenz, seine Vorträge auf der 1. Hallenser Versammlung und auf der Versammlung des nordwestdeutschen Gefängnisvereins in Hamburg über die bedingte Verurteilung.

„Die Welt ist willenlos, nichts weiter als ein Kreisel, den in Bewegung setzt der Leidenschaften Geißel; — die Leidenschaften selbst, sie sind Naturgesetze, ganz unabhängig von moralischem Geschwätze, und folglich ist allzeit, so man es recht erwägt, unstrafbar für sein Thun, was Menschenantlig trägt.“

und dann hinsichtlich seiner eignen Meinung fortfährt:

„Es gibt keine absolute Freiheit, aber ein relatives Prinzip der Zurechnungsfähigkeit, womit zugleich gesagt ist, daß wir allerdings Zahlen sind im großen Weltganzen, aber doch nicht gerade Nullen, sondern Zahlen, die ihren Wert (wenigstens teilweise) selbst bestimmen“,

so ist damit genau genommen nichts gesagt, als daß er sich noch nicht dazu verstehen kann, die Ergebnisse der Statistik und der anthropologischen und medizinischen Forschung, die mit den Lehren der empirischen Psychologie übereinstimmen, rückhaltslos anzuerkennen, sondern daß er sich einstweilen, seiner Meinung nach, eine goldene Mittelstraße zurecht gemacht hat, die aber, wenn man auf den Grund geht, ganz auf dem bisherigen Standpunkt der Willensfreiheit erbaut ist und beruht.

Daß der deutsche Strafrichter diesen Verbrecher, wie ich ihn geschildert habe, nicht kennt, führt v. Liszt¹⁶⁾ auf die mangelhafte, einseitige Ausbildung der Strafrichter zurück, „welche zunächst rein privatrechtlich ausgebildet seien“; ich meine, daß die Ausbildung unsrer Strafrichter heute dem Stande unsrer Gesetzgebung entspricht, und daß sie naturgemäß sich ändern wird, wenn der Stand der Gesetzgebung es verlangt. Eine Ausbildung der Strafrichter auf der Grundlage der Forschungen der Anthropologie und der Resultate der Statistik wäre einstweilen heute ein Ballast, für dessen praktische Verwendung ihm jede Gelegenheit fehlt.

Manche behaupten¹⁷⁾, der Richter könne auch jetzt schon individualisierend seine Strafen wenigstens nach den Grundsätzen der Abschreckung oder der Besserung festsetzen, und so bei der Urteilsfällung die ganze Persönlichkeit des Thäters mitberücksichtigen, das Gesetz hindere ihn nicht daran. Das Gesetz gibt keine ausdrückliche Auskunft, welche Zwecke mit der Strafe verfolgt werden, gibt keine

¹⁶⁾ Vgl. auch von Liszt im deutschen Wochenblatt von 1890, S. 519.

¹⁷⁾ So z. B. Aschrott gegen mich in d. Nordwestdeutschen Gefängnisverein 31./5. 90 in Hamburg.

ausdrückliche Anleitung, nach welchen Regeln die Strafe im einzelnen Fall zu bemessen ist.

Unterstellen wir daher einmal, das Strafgesetz befinde sich mit einer Strafrechtspflege im Einklang, die ihre Strafen den Abschreckungs- und Besserungszwecken anpaßt, wie würde das praktische Resultat sein? Abgesehen von der (in Preußen) dem Amtsrichter übertragenen Vollstreckung schöffengerichtlicher Urteile, liegt die Veranlassung der Strafvollstreckung in der Hand der Staatsanwaltschaft, die Ausführung der Strafvollstreckung überwacht der Amtsrichter als Gefängnisvorsteher nur bei den Strafen, welche in den kleinen Amtsgerichtsgefängnissen vollstreckt werden, im übrigen fehlt dem Richter jede Mitwirkung bei der und jede Einwirkung auf die Strafvollstreckung.

Der Richter in den Strafkammern und Schwurgerichten insbesondere erfährt vielleicht nur zufällig, in welchem Gefängnis oder in welcher Strafanstalt die von ihm erkannte Strafe zur Vollstreckung kommt; und wenn er es erfahren hat, weiß er damit auch, wie sie vollstreckt wird, was er mit der von ihm erkannten Strafe dem Verbrecher zugefügt hat? Er weiß nicht, ob die Strafe in Einzelhaft oder in Gemeinschaftshaft vollstreckt wird;¹⁸⁾ denn jede Mitwirkung bei der Anordnung und Ausführung der Vollstreckung ist ihm entzogen, wie kann er da wissen, ob die Art der Vollstreckung der Individualität des Thäters, und also der gehofften Abschreckung oder der von ihm erstrebten Besserung günstig ist. Vielleicht taugt die Art der Vollstreckung keinem der beiden Zwecke, der Richter kann es nicht hindern und nicht ändern. Fehlt seinen Urteilen da nicht völlig der Boden!

Aber das Gesetz selbst steht streng individualisierenden Strafen entgegen.

Der Richter muß eine zeitlich bestimmte Strafe aussprechen. Selbst wenn er die Einrichtung der Strafanstalt genau kennt,

¹⁸⁾ Vor nicht langer Zeit fragte mich ein Richter, der jahrelang in der Strafkammer mitgesessen und, nicht mit Unrecht, für ein hervorragendes Mitglied derselben galt, nach der Art der Strafvollstreckung in der Strafanstalt W., in welcher diejenigen Strafe verbüßen, über welche er zu Gericht gesessen hatte. Auf die Mitteilung, daß dort Einzelhaft üblich, war er ganz erstaunt. Er hatte aber auch von der Einzelhaft keine richtige Vorstellung. Das letztere wäre vielleicht Mangel der Ausbildung, das erstere ist die natürliche Folge der unsrer Gesetzgebung entsprechenden Trennung der Rechtsprechung vom Vollzug.

vermag er danach von vornherein eine Strafe abzumessen, von der er auch nur annähernd sagen kann, daß sie wenigstens die geringste Wandlung in der Seele dieses Verbrechers bewirken wird, da sie im voraus zeitlich fest begrenzt ist, und also vielleicht zu kurz ist, um auf diesen Verurteilten heilsam einzuwirken, oder zu lang, so daß ihre gute Wirkung hinterher wieder abgeschwächt wird! Ganz verfehlt ist es, wenn Richter dadurch eine Wirkung zu erzielen hoffen, daß sie prinzipiell Strafen von längerer Dauer, als wohl sonst üblich, erkennen. Bei der verschiedenen Ausführung der Strafvollstreckung mag für die eine Strafanstalt und den ihr überwiesenen Mann eine länger dauernde Strafe zur Besserung führen, in der andern Anstalt führt sie vielleicht gerade zum Verderben des Verbrechers. v. Liszt meint, wohl ironisch, das Erkennen einer Strafe nach den Grundsätzen der Abschreckung oder Besserung sei gegenüber der herrschenden Vergeltungstheorie „Rechtsbruch“.¹⁹⁾ Ich darf wohl v. Liszt an einen Ausspruch von ihm in einer andern Schrift erinnern, der Vergeltungsgebanke lehre nur, daß, nicht wie gestraft werden müsse. Der Richter, der dem Vergeltungsgebanten gerecht wird dadurch, daß er das Verbrechen mit Strafe belegt, mag in dem gewählten Strafmaß daneben einer Lieblingstheorie gerecht zu werden suchen; er thut damit der Gerechtigkeit, die von ihm gefordert wird, keine Gewalt an, aber wenn er einsichtig genug ist, kehrt er unter dem herrschenden Gesetz immer wieder zu der Strafwahl zurück, die in der Strafe nur eine Sühne sucht für die Schwere der That, denn er muß ja bald erkennen, daß ein Streben nach Erreichung eines andern Zweckes durch die Strafe — ein Schlag in die leere Luft, ein Schritt in eine ungewisse, unberechenbare Zukunft ist.

Die Vergeltungsstrafe soll und will nichts andres sein, als die im richterlichen Strafmaß in feste Formen gebrachte Reaktion des Rechtes gegen das Unrecht, die Idee der Sühne, das Ausgleichen des Übels der That durch das Übel der Strafe; die vollkommenste Gerechtigkeit trotz aller ihrer Mängel, wenn es möglich wäre, an der freien Willensschuld des Verbrechers festzuhalten und das Maß dieser Schuld richtig zu erkennen.

Dies ist das Grundprinzip des Strafgesetzbuchs, trotz allem, was dagegen gelehrt und geschrieben wird.²⁰⁾ Daß das St.G.B.

¹⁹⁾ Preuß. Jahrbücher Bd. 66, Heft 3, S. 244, 245.

²⁰⁾ Vgl. auch v. Liszt im deutschen Wochenblatt v. 1890 S. 519.

auch andre Theorien mitberücksichtigt, wer wollte es leugnen, aber von dem Gedanken der Vergeltung geht es aus, nur neben ihm erscheinen andre Ideen in nebensächlicher und untergeordneter Bedeutung. Man betont jetzt besonders gern, das St.G.B. erkenne auch den Strafzweck der Besserung an, es huldige den sogenannten Vereinigungstheorien; man möchte eine Brücke finden, um die Ideen der Strafrechtsreform an das Bestehende möglichst unmerklich anzuknüpfen.

Unsre ganze Strafgesetzgebung steht auf dem Standpunkt der Schuld; das St.G.B. nicht allein, auch die R.St.P.D. hat diesen Gedanken nicht verlassen, sondern konsequent fortgebildet. Nur nach dem Umfang der Schuld richtet sich die Strafe, nur der Schuldige kann und muß gestraft werden; die Strafe knüpft an die That, deren angeblich verschieden gestaltige Schwere mit abgestuften Strafen bedroht ist. Indem es aber fast bei jeder einzelnen Straftat einen weiten Strafrahmen läßt, aus dem je nach dem subjektiven Verschulden des Thäters die konkrete Strafe zu nehmen ist, führt das Gesetz den Richter mit Notwendigkeit zu der Vergeltungsstrafe, der Strafe, für welche die Schwere der That und die Schwere der Schuld den einzigen Maßstab bieten können. Dieser Stand der Gesetzgebung paßt nicht für den Verbrecher, wie ich ihn geschildert habe, und der Richter, der diesen Verbrecher vor Augen hätte, müßte in diesem Gesetzeszustand, der ihm seine Wege weist, ein Genimmis sehen, an das er überall anstößt, das ihm die Erfüllung seines Berufs erschwert, wenn er seine Strafen dem Verbrecher anpassen will.

Doch kommen wir schließlich zu dem allgemeinen Satz: auch die Menschheit im allgemeinen weiß nichts vom Verbrecher. Vielleicht wendet man mir hier ein: Wenn nachgewiesen ist, daß Strafgesetzgebung und Juristenstand ein richtiges Bild von dem Verbrecher nicht haben, wozu ist dann noch die Erwähnung notwendig, daß die Menschheit im allgemeinen nichts von dem Verbrecher weiß. Der Einwurf würde begründet sein, wenn es nur auf die negative Seite allein ankäme; ich bedarf aber ausdrücklich dieser negativen Feststellung, wie das Folgende zeigen wird, um die Kreise zugleich zu bestimmen, welche zur Mitwirkung in der großen Reformbewegung auf dem Gebiet der Bekämpfung des Verbrechertums gewonnen werden müssen, und die also kennen lernen müssen, was der „Verbrecher“ ist.

Die Menschheit im allgemeinen ist selbstgerecht, sie betrachtet

den Verbrecher mit Abscheu, schreckt vor der Berührung mit ihm zurück, sie will nichts davon wissen, daß der Verbrecher der menschlichen Gesellschaft wiedergewonnen werden kann; das Verbrechen hängt dem Verbrecher nach bis ins späte Leben, die Verachtung der Gesellschaft treibt ihn wieder dem Verbrechen in die Arme. Wer wollte der Gesellschaft daraus einen Vorwurf machen! Das Gesetz zeichnet ja die Wege zu diesem Verhalten vor. Es ist ein unverföhnbarer Widerspruch, dem Verbrecher mit aberkannter bürgerlicher Ehre, oder unter Polizeiaufsicht nach der Strafverbüßung ins bürgerliche Leben zurücktreten zu lassen und daneben verlangen, er soll sich auf eignen Füßen in der Gesellschaft halten, ja sogar wieder ein nützliches Glied derselben werden. Man scheidet ihn kraft Gesetzes von der Gesellschaft aus, mit der er in Zukunft in Frieden leben, für die er wiedergewonnen werden soll.

Die Abscheu, die abergläubische Furcht vor dem Verbrechen, die Furcht vor jeder Berührung mit demselben greift in allen Schichten der Bevölkerung Platz, und nur zu oft findet ein entlassener Sträfling keine Aufnahme und keine Arbeit, wenn er seine Vergangenheit offenbart.

Man kann diese Erscheinung zum Teil allerdings aus der Verzornis erklären, daß derjenige, der einmal zum Verbrecher geworden ist, leicht wieder rückfällig werden könne und deshalb nicht das Vertrauen verdiene, was im Zusammenleben der eine dem andern in gewissem Umfang schenken muß. Hauptsächlich macht sich aber auch hier die Idee der Schuld breit. Der äußerlich Unbescholtene dünkt sich besser und höher als ein Verbrecher, er meint, so etwas könne ihm nicht passieren und er rechnet sich seine bürgerliche Unbescholtetheit zu seinem Verdienst und zu seiner Ehre an. Ich vergesse bei dieser Schilderung durchaus nicht die Verdienste der Fürsorgevereine, welche entlassenen Gefangenen die Wege ebnen wollen zu einer Rückkehr in die bürgerliche Gesellschaft. Aber gerade die tüchtigsten Mitglieder derselben werden bezeugen müssen, daß von der obigen Schilderung nichts übertrieben ist; sie werden selbst schildern können, wie wenig die Gesellschaft ihren Bestrebungen entgegenkommt, wie schwer es ist, einem Entlassenen wieder ein Unterkommen, eine feste Arbeit, oder eine Stellung zu verschaffen.

Das Vorurteil stellt sich ihnen überall in den Weg. Aber selbst unter den Mitgliedern der Fürsorgevereine gibt es viele, welche glauben, mit einem reichen Beitrag genug gethan zu haben

und die sich schönstens bedanken würden, wollte man von ihnen verlangen, daß sie die Lehren, für welche sie vielleicht wirken, denen anzuhängen sie durch ihre Vereinsmitgliedschaft bekennen, auch praktisch bethätigen sollten durch Aufnahme eines Entlassenen in ihre Dienste oder nur unmittelbaren Verkehr mit einem solchen.

Was würde aber so mancher oder so manche, die sich in ihrer scheinbaren Tugend hoch erhaben fühlen gegenüber dem Schuldigen, die sich in hochmüthiger Überhebung sonnen in dem Glanze ihrer Stellung, ihres Reichthums und ihres, zudem noch aus ihrer unbezweifelten bürgerlichen Ehrbarkeit und Unbescholtenheit folgenden Ansehens in der Gesellschaft, wohl sagen, wenn man ihnen zuruft, der Verbrecher, den ihr verachtet, über den ihr mit all eurer heuchlerischen Selbstgerechtigkeit nochmals den Stab brecht, nachdem die staatliche Gerechtigkeit ihn schon gerichtet hat, der wäret ihr selbst, der ist euer Abbild, wenn ihr nur so geboren, oder so erzogen, oder so ins Leben hinausgestoßen wäret, wie jener; aber auch jezt schlummern vielleicht in eurer Herzenstiefe Neigungen, die nur mit Mühe niedergehalten sind, die aber nur der Gelegenheit bedürfen, um euch selbst in den Abgrund des Verbrechens zu reißen, an dem jener, den ihr verachtet, nur gestrauchelt ist!

Es wird gewiß einer langen Zeit noch, und noch manches Kampfes bedürfen, um diesen Lehren den notwendigen Eingang zu verschaffen; denn hier gilt es den mächtigsten Gegner zu besiegen, die Idee von der eignen Vortrefflichkeit, die Idee von dem Verdienst der Tugend, die Idee von der eignen Gerechtigkeit, den Hochmut und die Heuchelei. Das sind Lehren, die nicht nur erlernt, sondern die auch mit dem Herzen begriffen werden müssen, und sie sind schwer zu begreifen; unbegreiflich aber, wo die hohle Phrase, die gesellschaftliche Lüge so herrscht, daß sie aus egoistischen Gründen auch die Resultate der Wissenschaft unterdrücken möchte.

Erringt sich diese Lehre vom Verbrecher aber einmal Anerkennung und Geltung und wird mit der Idee der Schuld gebrochen, so tritt nicht an die Stelle der Strafe die Strafflosigkeit des Verbrechers; es tritt dann nur an die Stelle der Vergeltung und der Sühne die Strafe um des Schutzes der Rechtsordnung willen; aber nicht diese allein. Die Strafe wird dann nur ein hervorragendes Glied in der Kette der Kampfmittel gegen das Verbrechen sein, die Gesellschaft muß mitwirken in diesem Kampf, und zwar mit mancherlei andern Mitteln.

Soll die Strafe demnächst dem Schutze der Rechtsordnung dienen, so muß sie jedesmal der Person des Thäters angepaßt werden; denn bei den individuellen Verschiedenheiten wirkt die gleiche Strafe auf verschiedene Personen verschieden, und nur diejenige Strafe verspricht eine Wirkung, welche gerade mit der Eigenart des einzelnen Verbrechers rechnet. Der Schwerpunkt der ganzen Strafrechtspflege ruht heute auf dem richterlichen Urteil. Indem das Urteil die Strafe festsetzt, bringt es das mißachtete Gesetz dem Thäter und dem Verletzten gegenüber, und auch dem Publikum gegenüber zur Geltung; wie die Strafe vollzogen wird, ist dagegen Nebensache, wenn es nur geschieht.

In der Strafrechtspflege, welche lediglich dem Schutze der Gesellschaft praktisch dient und von allen idealen, aber deshalb nicht auf dem Boden des Lebens stehenden Gerechtigkeitsgedanken absieht, muß es wesentlich auf den Vollzug der Strafe ankommen. Der Richter ist zwar wohl imstande, falls er mit dem Strafvollzug vertraut ist, gegen einen noch Unbestraften oder überhaupt eine Strafe richtig auszusprechen, von der er will, daß sie dem Thäter nur ein Denkfzettel sei, die Rechtsordnung nicht wieder zu durchbrechen, oder aus dem Vorleben ein durchaus unsoziales Element zu erkennen und durch sein Urteil aus der Gesellschaft auszuscheiden, dagegen wird er niemals imstande sein, in den Fällen, in denen die Persönlichkeit des Thäters eine länger dauernde sorgfältige Anstaltszucht bedarf, damit seine Zurückführung in die Gesellschaft ohne Gefahr für dieselbe erfolgen kann, das Maß der Strafe, die Dauer der Anstaltsverwahrung, wie bisher im voraus fest zu bestimmen. Erst der Strafvollzug muß es beweisen, welche Strafdauer für den einzelnen derartigen Thäter notwendig ist. Für solche Fälle ist deshalb mit dem richterlichen Strafmaß in dem heutigen Sinn zu brechen. Mag man für diese Schmälerung der richterlichen Befugnisse auf der einen Seite dem Richter Teilnahme am Strafvollzug geben und so seine Mitwirkung bei Bestimmung der Strafdauer sichern.

Der bureaukratische Einwand,²¹⁾ daß dies dem Grundsatz, daß Justiz und Verwaltung streng getrennt sei, widerspreche, wird die geringste Schwierigkeit dabei bereiten.

Strafanstaltsdirektor Dr. Krohne²²⁾ meint einmal, wenn

²¹⁾ welcher thatsächlich erhoben ist.

²²⁾ 20. Heft d. Nordwestdeutschen Gefängnisvereins S. 56.

unsre heutige Gesellschaftsordnung einmal in Trümmer geschlagen sei, dann könne vielleicht in der neuen Gesellschaft Platz sein für dies neue Strafrecht; das ist zu viel gesagt, jedenfalls aber in der Wahl der Worte fehlgegriffen. Wir haben mit der Forderung dieses neuen und konsequenten Strafrechts auf der Grundlage der Ergebnisse der Forschungen über die Ursachen des Verbrechens mit der Gestaltung der Gesellschaftsordnung nichts zu schaffen. Wohl aber kämpfen wir an gegen gewisse Vorurteile der Gesellschaft, und wir wollen, indem wir die Ursachen des Verbrechens aufdecken, daß diese möglichst beseitigt werden. Vorbeugende Maßregeln, die Fürsorge für die Armut, die Lehren der Kirche und der Schule, Beseitigung mancher sozialer Mängel müssen ebenso mithelfen im Kampf gegen das Verbrechen, wie die Strafe; nicht minder viele sonstige vorbeugende Maßregeln, durch welche die Neigung zum Verbrechen im Keim erstickt werden kann; deshalb muß die Kenntnis von der Entstehung des Verbrechens, von der Natur des Verbrechens in die weitesten Kreise dringen.

Es ist nicht ganz überflüssig, jenes Wort von Krohne hier zu erwähnen und im Sinne richtig zu stellen, zur Vermeidung von Mißverständnissen, da gerade in der allerjüngsten Zeit an vielen Orten öffentliche Vorträge gehalten worden sind, in denen die Lehren über die Ursachen des Verbrechens teilweise entstellt und mit verkehrten Folgerungen zu politischer Propaganda verwertet wurden, und in denen man aus dem Satz, daß das Verbrechen eine soziale Erscheinung ist, die Folgerung ziehen zu dürfen geglaubt hat, daß mit dem Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung auch das Verbrechen vom Erdboden verschwinden müsse. Das Verbrechen an sich ist keine Folge der modernen Gesellschaftsordnung, denn jede Gesellschafts- und Rechtsordnung hat ihre Verbrechen gehabt und mußte sie haben und jede wird sie haben, da jede Rechtsordnung dem Einzelwillen ihre Schranken setzt. Nur Verschiedenheiten in der Art und in der Zahl der Verbrechen kommen vor, je nach der verschiedenen Gestaltung der äußern Verhältnisse.

Die Worte Krohnes könnten von den Gegnern der Strafrechtsreform leicht mißverständlich oder mißgünstig auf einen, wenigstens innerlichen Zusammenhang zwischen den hier vertretenen Lehren und den eben erwähnten gedeutet werden.

Was Krohne sagen wollte, ist gewiß zutreffend; es wird noch lange Zeit vergehn und die heutige Gesellschaft wird manche Wand-

lungen durchmachen müssen, ehe einer ziel- und zweckbewußten Strafrechtsreform der Sieg beschieden sein wird.

Gegen die Grundlage des Dargestellten sind mancherlei gewichtige Einwendungen erhoben worden.

So, man könne dann in Zukunft den Verbrecher nicht verachten, nicht für ehrlos erklären, den Tugendhaften nicht hochachten und ehren, denn der eine sei ja an seinem Verbrechen ebensowenig schuld, wie der andre an seiner Tugend. Ich glaube der Tugendhafte wird an seiner Bewunderung — denn darauf kommt es doch der Gesellschaft bei diesem Einwand am meisten an — auch in Zukunft nichts einbüßen.

Bewundern wir doch die Kose und treten die ungestaltete Kröte, die daneben am Boden kriecht, mit dem Fuß, huldigen wir doch der Schönheit und wenden uns von der Häßlichkeit ab, — und beide verdienen weder die Bewunderung noch die Abneigung. So wird auch der Tugend — die ja zumal so oft nur äußerer Schein ist — in Zukunft die Ehre nicht fehlen, mag sie nun der äußern Erscheinung oder dem innern Wert gelten.

Schwerer ist der Einwand, das über die Entstehung des Verbrechens Vorgetragene widerstreite dem religiös-sittlichen Bewußtsein, und doch ist derselbe durchaus unstichhaltig. Vor allem hüte man sich vor der Verwechslung des irdischen und des himmlischen, vor Identifizierung der irdischen und der ewigen Schuld; man mache sich klar, daß der irdische Richter nicht dem ewigen Richter vorgreifen darf. Wir urteilen zu unserm eignen Schutz ab, was nach unsern irdischen Gesetzen Rechtsbrauch ist; lassen wir es doch dahingestellt, ob der uns schuldig scheinende, auch dem ewigen Richter verantwortlich scheint, und ob nicht vielleicht gerade der in Ewigkeit schuldig ist, an dem wir kein Fehl finden. Vor mir liegt der Vortrag einen Theologen,²³⁾ der gerade überall in den Fehler verfällt, vor dem ich warne, z. B. wenn er über den sogenannten unverbesserlichen Verbrecher durch Anlage in dem Sacke gipfelt: „Doch kann sich gläubiges Hoffen nie gefallen lassen, daß Menschen ohne ihre Schuld verloren gehen müssen,“ . . . . . Wer sagt dem Redner denn, daß derjenige, der uns unverbesserlich scheint, dereinst verloren ist!

²³⁾ Pfarrer Hafner-Eberfeld in dem 63. Jahresbericht der Rheinisch-Westfäl. Gefängnis-Gesellschaft S. 53 ff.

Mit Recht lehnt es deshalb auch Liszt in seinem Lehrbuch ab, das Problem des freien oder unfreien Willens nach metaphysischen Gesichtspunkten für unser irdisches Strafrecht zu lösen.

Im übrigen möchte ich diese Gegner daran erinnern, daß die größten Religionslehrer Anhänger der menschlichen Willensunfreiheit gewesen sind,²⁴⁾ Paulus, Augustinus, Luther u. a.²⁵⁾ Mit Recht wird²⁶⁾ deshalb hervorgehoben, daß die Lehre von der Gebundenheit des menschlichen Willens religiöser Gegnerschaft eigentlich nicht begegnet sollte.

Man macht uns auch noch andere Vorwürfe, auf die ich hier nicht eingehen kann. Denn es ist notwendig, nunmehr zu dem Ausgangspunkt der Darstellung zurückzukehren.

Hätte man den Verbrecher, so wie er im Vorstehenden geschildert ist, allgemein gekannt und die Bedeutung dieser Kenntnis für die Gestaltung der Strafrechtspflege verstanden, dann konnte, wenigstens für ein zukünftiges Strafrecht, die Bedeutung der bedingten Verurteilung als Kampfmittel gegen das Verbrechen nicht so verkannt werden, als es in den veröffentlichten Gutachten der Oberlandesgerichtspräsidenten geschehen ist.

Auch dieser Satz bedarf des Beweises, da auch schon Stimmen laut geworden sind, welche es nicht verstehen wollen, daß man die bedingte Verurteilung für eine zukünftige Gestaltung der Strafrechtspflege empfehlen und für das heutige Strafrecht verwerfen kann.

Mit Recht gibt Krohne,²⁷⁾ der ein entschiedener Gegner der bedingten Verurteilung ist, zu, daß dieselbe, wenn man die Strafgesetzgebung auf dem Boden der bekannten Lisztschen Vorschläge²⁸⁾ umgestalten zu müssen eingesehen habe, ein ganz notwendiges Stück im Rahmen dieser Vorschläge bilde „und mit ihnen zusammen wohl geeignet wäre, einen kräftigeren Schutz gegen das Verbrechen zu gewähren, als unsere heutige Strafrechts-

²⁴⁾ Vgl. hierzu auch: Büniger, die Selbstbestimmung des verbrecherischen Willens, Z VII 122 ff. und Klippel, Determinismus und Strafe, Z X 534 ff.

²⁵⁾ Vgl. aus dem alten Testament z. B. Jeremias: Des Menschen Thun steht nicht in seiner Gewalt und (es) steht in niemandes Macht, wie er wandele und seinen Gang richte. (Jeremias 10, 23.)

²⁶⁾ Büniger a. O.

²⁷⁾ In Hamburg a. O. S. 54.

²⁸⁾ Kriminalpolitische Aufgaben.

pflege". Allerdings hält er diese ganzen Vorschläge, wie oben erwähnt wurde, nicht für praktisch durchführbar.

Ganz kurz werde ich zum Beweise meines obigen Satzes und der Richtigkeit des Ausspruchs von Krohne die verschiedene Bedeutung der bedingten Verurteilung für das heutige und für das zukünftige Recht darlegen, und ich hebe diesen Unterschied um so lieber hier hervor, als man auch mir einen Vorwurf der Inkonsequenz gemacht hat, als ich für das heutige Recht im allgemeinen mich als Gegner, für jugendliche Delinquenten aber und für eine zukünftige Strafrechtsreform als Anhänger der bedingten Verurteilung bekannt habe.²⁹⁾

Die Gründe, welche sich vom Standpunkt des herrschenden Systems gegen die Vorschläge über Einführung der bedingten Verurteilung anführen lassen, müssen getrennt werden in solche, welche die Natur und das Wesen der Maßregel treffen, und in solche, welche nur die Bedingungen, unter welchen die Einführung vorgeschlagen wurde, angehn. Unter der erstern ist an hervorragender Stelle zu nennen, daß die mögliche Straflosigkeit des Rechtsbrechers weder dem Gedanken der Vergeltung in Gesetzgebung und Praxis, noch dem Volksbewußtsein entspricht, welches für die Straftat eine Sühne fordert, und daß es ebensowenig dem Gedanken der Vergeltung entspricht, wenn erst bei einer zweiten Straftat, also vielleicht erst nach Jahren, die Strafverbüßung wegen der früheren mit erfolgen soll; zu der letztern ist zu rechnen, daß der Vorschlag gemacht wurde, die Maßregel von der Gestellung einer Friedensbürgschaft abhängig zu machen.

Zwischen beiden Arten der Gegengründe mitteninne stehn die,

²⁹⁾ Vgl. Reichsgerichtsrat Meves in der Beilage zum juristischen Litteraturblatt v. 1. Oktbr. 1890 S. 152, 153.

Wenn Meves mich unter anderm sagen läßt, „daß das Strafsystem des deutschen Strafgesetzbuchs auf der Vergeltungstheorie beruhe und sich deshalb mit der auf dem Prinzip der Besserung basierenden Volkstredung im Widerspruch befinde, sei an sich kein Hindernis für die Einführung der bedingten Verurteilung“, — so hätte ich gewünscht, daß er auch die Stelle angegeben, an der eine solche merkwürdige Deduktion steht. Herr Reichsgerichtsrat Meves hat bis Seite 13 i. f. gelesen und ist dann ohne auf den Zusammenhang zu achten bis zu den Worten der folgenden Seite gesprungen: „das ist wohl richtig, doch kein stichhaltiger Grund gegen die Einführung.“ Er hat dabei übersehen, daß diese Worte sich auf die Bemerkung beziehen, man habe die bedingte Verurteilung auch als einen Akt richterlicher Gnade bezeichnet.

daß die Vorschläge die Bedeutung der Generalprävention unterschätzten und daß der Anspruch des Verletzten auf Genugthuung nicht berücksichtigt war.

Befehn wir uns nun die Sache vom Standpunkt einer zukünftigen, reinen Schutzstrafe, die gegen den in seiner Natur erkannten Verbrecher ausgesprochen wird. Hier fällt zunächst der Grund, daß die mögliche Straflosigkeit dem Vergeltungsgedanken widerspricht — denn mit diesem ist gebrochen; es fällt damit auch der Grund, der aus der späten Strafvollstreckung genommen werden konnte. Denn diese ist jetzt nicht mehr späte Vergeltung der ersten That, die Doppelstrafe dient jetzt dem Zweck der verschärften Abschreckung oder der notwendig gewordenen, energisch zu versuchenden Besserung — damit nicht wieder die Rechtsordnung durch den Verbrecher gestört werde.

Das Volksbewußtsein ist wandelbar; es läßt sich auch im Laufe der Zeit auf daselbe einwirken. Deshalb habe ich oben hervorgehoben, daß auch die Gesellschaft über die Natur des Verbrechers, über die Faktoren des Verbrechens aufgeklärt werden muß, damit auch weitere Kreise erkennen lernen, daß es nicht ein Recht der Gesellschaft ist, den Verbrecher als Bösewicht zurückzustoßen, sondern eine Pflicht, so lange als möglich Hand in Hand mit der eigentlichen Strafrechtspflege den Versuch zu machen, den Verbrecher für die Gesellschaft, deren Ordnung er widerstrebt, wieder zu gewinnen.

Wenn dann die Handhabung der Strafaussetzung in den richtigen Grenzen gehalten, und nicht aus verkehrter Milde zu weit ausgedehnt wird, so wird auch das Volk die Bedeutung der Maßregel allmählich erkennen. Am leichtesten wird begriffen werden, daß nicht jede Strathat eines Jugendlichen einer unmittelbaren Strafe bedarf. Hier wird man am schnellsten verstehen lernen, daß eine in Aussicht gestellte Verzeihung mit drohendem Strafübel für Rückfall zur richtigen Zeit im einzelnen Fall besser sein kann, als sofortige Strafe. Hat aber das Mittel bei Jugendlichen eine gute Wirkung geäußert, dann ist der Schritt nicht allzu groß bis zur Volkstümmlichkeit auch für Erwachsene. Ein doppeltes ist jedoch notwendig: einmal, daß die Einsicht in den weitesten Kreisen platz greift, man habe von der Natur des Verbrechers bisher eine falsche Vorstellung gehabt, und ferner, daß in dem gesamten neuen Strafsystem zum Ausdruck kommt, wie der scheinbaren Milde für den erstmaligen Rechtsbrecher die Verschärfung der Rückfallstrafe die Wage hält.

Der Anspruch des Verletzten auf Genugthuung darf allerdings nicht vergessen werden und er muß gesetzlich als eine Schranke für die Anwendung der Maßregel anerkannt werden. Derjenige, der sich die Genugthuung an einem bedingt Verurteilten selbst geholt hat, darf sich nicht damit entschuldigen können, daß ja das Gesetz und seine Anwendung, welche seinen Verlezer straflos werden ließen und so ihm selbst die Genugthuung versagten, ihn zum Verbrecher gemacht habe. Aber es bleibt dann noch immer ein weites Feld der Anwendung übrig.

In meinem Gesetzentwurf über die Behandlung Jugendlicher³⁰⁾ habe ich die Anwendung der bedingten Verurteilung allerdings nicht von der Zustimmung des Verletzten oder des Antragsberechtigten abhängig gemacht, weil ich glaube, daß das Verlangen nach Genugthuung durch Strafe bei dem Verletzten gerade einem Jugendlichen gegenüber erheblich geringer ist, und daß selbst bei einer weitgehenden Anwendung der Maßregel hier nachteilige Folgen in dieser Hinsicht nicht zu besorgen sind.³¹⁾

Es bleibt schließlich der, allerdings sehr wesentliche, Einwand übrig, daß die bedingte Verurteilung Personen zum Verbrechen anreizen werde in der Hoffnung auf Straflosigkeit für ihre erste Verfehlung!

Die Schutzstrafe, welche mit den ganz kurzen Freiheitsstrafen, welche die Vergeltung nicht entbehren kann, zumal in der heutigen Art der Vollstreckung, ganz brechen muß, und an deren Stelle nicht bloß ein erhöhtes Strafminimum, sondern auch eine abschreckendere Form der Vollstreckung verlangt, bietet in diesen Formen der drohenden Strafe dann wohl ein Gegengewicht gegen etwaige vermehrte Anreizung zur ersten Verfehlung, — umsomehr, wenn die Grenze der Zulässigkeit der bedingten Verurteilung nach der Strafdauer im Gesetz verständig gezogen wird.³²⁾

Mit diesen Ausführungen wird wohl bewiesen sein, daß die Unrecht haben, welche meinen, die bedingte Verurteilung müsse wie für das heutige Recht so auch für jede andre Gestaltung derselben gleichmäßig verworfen werden.

Wenn wir in der Zukunft einmal den Richter gesetzlich ermächtigen, einen Angeklagten zum Zweck der Besserung auf unbe-

³⁰⁾ Vgl. bedingte Verurteilung S. 101 ff.

³¹⁾ Dasselbst S. 98, 4. Anmerkung.

³²⁾ Dasselbst S. 33 vorletzter und letzter Absatz.

stimmte oder auf eine nur nach Minimum und Maximum bestimmte Zeit der Strafanstalt zu überweisen, oder durchaus unsoziale Elemente vielleicht auf Lebenszeit unschädlich zu machen, wenn wir die Strafminima der ersten Freiheitsstrafe hinaufrücken und die kurzen Freiheitsstrafen im Vollzug verschärfen, dann ist es notwendig, daß wir auch in die Hand des Richters die Ermächtigung legen, da, wo es nach der Persönlichkeit des Angeklagten ihm gut scheint, einen zum ersten Mal straffällig gewordenen von Strafe frei zu lassen, oder es wenigstens einstweilen der Zukunft zu überlassen, ob derselbe durch Rückfall zeigt, daß er wirklich die Bahn des Verbrechens betreten hat, oder ob die eine Straftat, wie Liszt sagt, nur eine Episode in seinem Leben war.

Wenn Schütze³³⁾ mit vollem Recht betont, die zukünftige Strafgesetzgebung dürfe als Neuerung nicht ausschließlich die Milde zeigen, sie müsse auch die Strenge zeigen, so ist doch auf der andern Seite gleichfalls wahr, daß das zukünftige Strafrecht, wenn es mit Fug und Recht andre, strengere und wirksamere Strafen dem schweren und rückfälligen Verbrecher auferlegen will, nicht vergessen darf, daß nur da gestraft werden soll, wo dies zum Schutz der Rechtsordnung notwendig ist, daß also die unmittelbare Strafvollstreckung da entfallen kann, wo eine Warnung, eine ernste Mahnung ohne Schädigung andrer Interessen einstweilen genügt.

Wenn Professor v. Kirchenheim am Schluß seiner Abhandlung über bedingte Bestrafung³⁴⁾ als wünschenswerte Neuerung Ausdehnung des Verweises auf erwachsene Personen³⁵⁾ anstatt der bedingten Verurteilung empfiehlt, so muß ich gestehn, daß ich dann seine prinzipielle Gegnerchaft gegen die bedingte Verurteilung nicht verstehen kann.

Die Verurteilung seitens des Gerichts unter Aussetzung des Strafvollzugs ist doch unzweifelhaft eine schärfere Maßregel als der Verweis, den viele in seiner Bedeutung gar nicht würdigen werden. Derjenige Verbrecher, bei dem das Ehrgefühl nicht rege ist, wird beim Verweis vermeinen ganz strafflos ausgegangen zu sein, und er wird, falls er anderseits eine Freiheitsstrafe erhalten, wo ein Mitschuldiger mit einem Verweis abkam, erst recht an Rechts-

³³⁾ Schütze, die sogenannte bedingte Verurteilung, Österreichische Gerichtszeitung 1890.

³⁴⁾ Gerichtssaal XLIII S. 51 ff., besonders S. 69.

³⁵⁾ Auch Krohne, im Lehrbuch d. Gefängnisfunde.

ungleichheit glauben: Man mache doch den Leuten klar, das Beſchämende im Verweis wiege moralisch ſchwerer als die Freiheitsſtrafe! Bis das begriffen iſt, iſt auch im Volksbewußtſein übergegangen, daß die bedingte Verurteilung ein notwendiges Glied in der Kette der zukünftigen Kampfmittel gegen das Verbrechen iſt. Bei dieſer bleibt doch die Vollſtreckung recht drohend im Hintergrund, zumal wenn bei zukünftiger Geſtaltung der Strafrechtspflege die Strafminima in verſchärfter Form hinaufgerückt ſein werden, mit dem erteilten Verweis dagegen iſt die eine That für alle Zukunft abgegolten. Der Verweis³⁶⁾ kann nur von Bedeutung ſein, bei einem jugendlichen Gemüt, das mit einer gewiſſen Scheu zum erſten Male den Gerichtssaal betritt; der erwachſene Verbrecher, der draußen ſchon gelernt hat die ſtaatliche Autorität mißachten, höhnlacht über den Verweis, während das in der bedingten Verurteilung drohende Zwangsmittel ſelbſt ſolche vielleicht zur Erwägung nötigt, ob's nicht beſſer ſei, weitere Konflikte mit dem Geſetz zu vermeiden.

Daß das Hängen an der Idee von der Schuld die prinzipielle Gegnerſchaft gegen die bedingte Verurteilung ſchafft, das kann ich noch an zwei Beiſpielen darlegen:

Amtsgerichtsrat Stelling-Rotenburg in Hannover führt in ſeiner ſonſt ſehr lehrreichen Abhandlung über „Erfasſtrafen für kurzzeitige Freiheitsſtrafen“³⁷⁾ aus:

„Die Anhänger der ſogenannten bedingten Verurteilung erlaſſen die Schuld, inſofern ſie in zu verbüßender Gefängnisſtrafe beſteht (?) von Rechtswegen, falls Wohlverhalten nachgeleiſtet wird. Sie ſprechen alſo aus, daß Schuld durch Wohlverhalten getilgt werde. An dieſen Satz, daß Schuld durch Wohlverhalten getilgt werde, kann man nicht glauben. Derſelbe hätte eine philoſophiſche Begründung zur notwendigen Vorausſetzung, eine ſolche iſt aber nicht erbracht. Stützt man ſeine Philoſophie auf die chriſtliche Religion, ſo ergibt ſich der umgekehrte Satz, daß Schuld nicht durch Wohlverhalten getilgt wird. Schuld kann nach göttlicher Gerechtigkeit nur durch Gnade, nach

³⁶⁾ Seuffert empfiehlt in ſeinem Gutachten für den Juristentag die Verbindung des Verweiſes und der bedingten Verurteilung.

³⁷⁾ Vgl. 20. Vereinsheft d. Nordweſtdeutſchen Gefängnisvereins S. 73.

bürgerlicher Gerechtigkeit nur durch Verbüßung oder Gnade getilgt werden.“

Ganz ähnlich, nur in poetischer Gewandung, drückt sich Professor von Kirchenheim aus, wenn er das Dichtermotiv verwertet:³⁸⁾

„Wo du jemals dich vergangen,
ruf' den Richter schnell herbei,
von der Schuld, die dich umfängen,
macht dich nur die Strafe frei!“

Es fehlte eben das Verständnis dafür, daß die Richtung, welche die bedingte Verurteilung als ein Mittel in dem zukünftigen Strafsystem betrachtet wissen will, die radikalen Reformer, wie „Wach“ sich ausdrückt, mit der heutigen Idee der freien Willensschuld als Grundlage der Strafbarkeit gebrochen hat und brechen muß; gegen die allerdings, welche die bedingte Verurteilung jetzt in den Rahmen unsres Strafrechts allein oder nur mit einigen unwesentlichen Änderungen der Geldstrafe einführen wollen, sind jene Einwürfe wohlbegründet.

Daß ich die Einführung der bedingten Verurteilung eigentlich „ad calendas Graecas“ verschiebe, wie Gautier³⁹⁾ mir vorwirft, weiß ich sehr wohl, ich kann jedoch in der Maßregel nur ein Glied in der Kette der demnächst zu erstrebenden Gesamtreform unsrer Strafrechtspflege erblicken, und zwar ein unlösliches Glied, das nur in dem richtigen Zusammenhang gedacht und verstanden werden kann und das, davon losgelöst, seiner Natur nach nur verderblich wirken kann.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die bedingte Verurteilung zur Zeit, wenigstens in den Kreisen der Juristen und Strafanstaltsbeamten Deutschlands, erheblich mehr Gegner als Freunde zählt. Und in den übrigen Kreisen — ?? Man darf die Stimmen, die sich in der Tagespresse geäußert haben, nicht zählen, besser ist es, sie zu wägen. Man darf nie vergessen, daß ein großer Teil dieser Anhänger in der Maßregel nur gewohnheitsmäßig der Abschwächung der Strafgewalt zugejubelt hat, und daß sich die Sache jedenfalls wesentlich anders gestaltet haben würde, wäre die bedingte Verurteilung mit der Unschädlichmachung der Unverbesser-

³⁸⁾ So in seinem Rapport für den Petersburger Kongreß, besögl. in Hamburg und im Gerichtssaal a. D.

³⁹⁾ Gautier, à propos de la condamnation conditionelle, Bern 1890.

lichen und dem Hinaufrücken der Strafminima im Verein vorgeschlagen worden.

Hat man unsern Beschlüssen⁴⁰⁾ über Verschärfung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen und über Reform der Geldstrafen etwa auch zugejubelt! Das sollte doch zu denken geben darüber, welches Interesse des Publikums die Begeisterung für die bedingte Verurteilung veranlaßt hat.

Andererseits hat gewiß aus den Gegnern auch hin und wieder das zunftmäßige Mißtrauen alter Praktiker gegen einschneidende Neuerungen gesprochen.

Wie mir bekannt geworden, identifiziert man in gewissen Kreisen die internationale kriminalistische Vereinigung, Gruppe deutsches Reich, mit denen, welche „die fremde Pflanze bedingte Verurteilung“ jetzt in den deutschen Rechtsboden einpflanzen wollten. So unrechtfertigt das an sich ist, so wenig kann man deshalb denen, die das meinen, Unrecht geben! Es wäre wohl Sache der Führung der deutschen Gruppe gewesen, klar und bestimmt zum Ausdruck zu bringen, in welcher Weise nur die bedingte Verurteilung im deutschen Rechtsleben nutzbar gemacht werden sollte. Das ist nie geschehn; ich habe im Eingang gezeigt, wie sehr auch Liszts Aussprüche der Mißdeutung fähig waren; andre⁴¹⁾ wollten aber ausgesprochenemmaßen mit dem Einführen der bedingten Verurteilung in das Strafgesetz alsbald beginnen. Auch andre Maßregeln sind von der deutschen Gruppe der Vereinigung erörtert worden, die gleichfalls nur einzelne Teile in dem Ganzen der gewünschten Reform darstellen. Ich glaube demgegenüber von meinem Standpunkt aus ein Anlehen bei den Worten Kirchenheims „von dem Hausbau, der beim Dach begonnen wird“, machen zu sollen. Nicht nur die meisten Einzelvorschläge, vor allem das ganze Gebäude der Strafrechtsreform wird nur Ablehnung zu erwarten haben und alle Arbeit wird, nach dem praktischen Erfolg gemessen, für nichts gewesen sein, wenn wir nicht zunächst eine feste Grundlage schaffen und die Kenntnis dieser Grundlage und die Überzeugung von der Wahrheit und der Bedeutung derselben für die Strafrechtspflege in weite Kreise tragen.

Die Lehre von den Faktoren des Verbrechens muß die Grundlage werden, auf der das Gebäude der neuen Strafrechtspflege,

⁴⁰⁾ In Halle, März 1891.

⁴¹⁾ Aschrott, Wirth, v. Hippel, Löbell, Simonson u. a.

auch für die Welt der Nichtjuristen offenkundig, sich erhebt; über die Gestaltung des Strafrechts ist dann prinzipielle Einigung gesichert.

Man glaube nicht, daß man das umgehen kann; man glaube nicht, daß eine geistvolle Hypothese von der Entwicklung der Schutzstrafe die Brücke werden könnte zwischen dem alten Strafrecht und dem zukünftigen, oder daß die Vertreter der verschiedenen Richtungen sich je auf dieser Brücke die Hand reichen würden. Wir müssen den schroffen Gegensatz, der uns von der herrschenden Lehre trennt, offen bekennen, wollen wir nicht dereinst mit einem Kompromiß, einem Flücken auf unsre heutige Strafrechtspflege uns abfinden lassen.

Die Gegensätze von Schuld und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit sind nicht zu vereinigen, sind unverzöhnbar.

Man hat im August 1890 in Bern mit besonderem Wohlgefallen betont, die internationale kriminalistische Vereinigung könne alle Schulen in sich vereinigen; es ist hier nicht der Ort mit dieser Auffassung zu rechten. Wenn ich die Bedeutung der Landesgruppen richtig erfasse, so sollte sie das, was der Generalversammlung gut geschienen, je nach Bedürfnis und je nach Lage der heimischen Verhältnisse fürs eigne Land nutzbar machen. Die Gruppe deutsches Reich wird sich mit den Statuten der Vereinigung in vollster Übereinstimmung befinden, wenn sie den von mir vorgeschlagenen Weg wählt, zunächst die wissenschaftliche Grundlage der Reformen festzustellen, bevor sie an die Ausgestaltung des Strafrechts herantritt:

„Die internationale kriminalistische Vereinigung geht von der Überzeugung aus, daß Verbrechen und Strafe ebensosehr vom soziologischen, wie vom juristischen Standpunkt aus ins Auge gefaßt werden müssen. Aufgabe der Strafe ist die Bekämpfung des Verbrechens als soziale Erscheinung. Die Ergebnisse der anthropologischen und soziologischen Forschungen sind daher von der Strafrechtswissenschaft wie von der Strafgesetzgebung zu berücksichtigen.“

sagen die Statuten.

Die Frage liegt nahe, wann ich mir die Verwirklichung einer auf dieser Grundlage aufgebauten Strafrechtsreform denke; ich will die Antwort nicht schuldig bleiben. So fest ich davon überzeugt bin, daß ein Strafrecht der Zukunft dereinst auf den entwickelten

Grundsätzen aufgebaut werden wird, so wenig verschließe ich mich der Erkenntnis, daß wir in absehbarer Zeit das Erstrebte nicht erreichen werden, und wenn ich an andrer Stelle⁴²⁾ den Wunsch ausgesprochen habe, daß wenigstens eine Reform der Strafrechtspflege bezüglich jugendlicher Verbrecher „recht bald“ erfolgen möge, so weiß ich doch, daß zwischen Wunsch und Erfüllung ein großer Unterschied ist. Trotzdem glaube ich, daß bezüglich der Behandlung jugendlicher Verbrecher am leichtesten eine Verständigung erzielt werden wird, und daß sogar einstweilen eine teilweise Abänderung der hierher gehörigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs möglich ist, welche die Einführung der Gesamtreform vorbereiten helfen wird.

Jetzt wirft man der hier vertretenen Richtung vor, sie wolle die Gerechtigkeit aus der Strafrechtspflege verbannen, indem sie „den Rechtscharakter der Strafe“ aufhebe.

Für die, welche sich von der herrschenden Lehre von der Schuld nicht losmachen können, ist die Vergeltung durch die Strafe die höchste Gerechtigkeit, und ich vermag es wohl zu verstehn, wenn sie eine Strafe, die nach Opportunitätsgrundsätzen ausgesprochen, mit ihrer Auffassung von Gerechtigkeit für unvereinbar erklären. Für uns aber ist die herrschende Auffassung und ihre praktische Handhabung nicht mehr die Gerechtigkeit, sobald wir die Nichtigkeit des jetzigen Schuldbegriffs erkannt haben. Ist es nicht gerade das Gegenteil von Gerechtigkeit, wenn man vergelten will, wo nichts ist, dem vergolten werden kann, oder wo die Grundlage, auf der das ganze System beruht, in der Wirklichkeit nicht existiert; und heißt es nicht gerade jedem das seine geben, wenn wir die That ahnden, wie es der Individualität des Thäters entspricht, und wie es die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung verlangt, unter deren Schutz auch der Thäter steht und deren Schutz er auch für sich begehrt? Das ist die Gerechtigkeit, die wir üben wollen, und sie ist Gerechtigkeit, da sie dem Ausgangspunkt der ganzen Strafrechtspflege, dem Schutz der Gesamtheit durch Erhaltung des Thäters oder Wiedergewinnung desselben für die Gesellschaft, oder durch Austoßung des Thäters aus derselben und durch Abschreckung anderer von Straftthaten entspricht.

Wenn ich eben gesagt habe, daß die That geahndet werden

⁴²⁾ Bgl. bedingte Verurteilung S. 83.

müsse, wie es der Individualität des Thäters entspricht und wie es die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung verlangt, so sind diese beiden Sätze absichtlich zusammengestellt, und es ist andern gegenüber nicht überflüssig, das besonders zu betonen. Die Strafe, die nur und ausschließlich die Individualität des einen Thäters berücksichtigt, schützt die Gesellschaft nur gegen Rückfälle dieses einen, sie übersieht aber die Wirkung, welche die Bestrafung des einen auch auf das Publikum übt, sie verkennet die Bedeutung der Generalprävention. Es war ja zu verzeihlich, wenn diejenigen, welche zuerst die Forderung nach Berücksichtigung der Person des Verbrechers erhoben, einseitig nur an diese dachten, und es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß über der Forderung rationaler Behandlung des Individuums der Schutz der Allgemeinheit in der besprochenen Beziehung nicht vergessen werden darf.

Vielleicht werden die in dem Vorstehenden entwickelten Grundsätze, selbst in den Kreisen, für welche sie an erster Stelle bestimmt sind, manchen Widerspruch erfahren, doch lebe ich auch anderseits der Hoffnung, daß viele mit mir übereinstimmen werden.